

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

„Frühe Hilfen“ heißt vor der Kindeswohlgefährdung ansetzen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, auf der Grundlage seines Konzepts zum Kinderschutz vom Februar 2007 für den Bereich frühe Hilfen zu folgenden Schwerpunkten - auch unter Berücksichtigung der besonderen Probleme von Menschen mit Migrationshintergrund - Stellung zu nehmen:

1. Einführung und Öffentlichkeitsarbeit zum Ja-Bitte-Bogen sowie dessen Akzeptanz bei den werdenden Müttern/ Eltern,
2. Schaffung breiter Zugangsmöglichkeiten für die werdenden Mütter/ Eltern zum Bereich frühe Hilfen sowie Erreichung der Risikogruppen,
3. bisher erreichte Qualität der interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Akteuren der Bereiche Jugend und Gesundheit,
4. Zwischenergebnisse zu dem im Jahr 2005 gestarteten Modellversuch „Aufsuchende Elternhilfe“ im Bezirk Lichtenberg,
5. Schlussfolgerungen zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Hilfen im Land Berlin.

Zur weiteren Stärkung der Elternschaft sowie der gesundheitlichen Situation von Mutter und Kind im Bereich der Risikogruppen bereits während der Schwangerschaft und in den ersten zwei Lebensjahren des Kindes, wird der Senat aufgefordert, das Nurse-Family-Programm „Pro Kind“ nach dem Vorbild anderer Bundesländer auch in Berlin zu initiieren. Dazu sind mit den Wohlfahrtsverbänden, dem Hebammenverband und der Ärzteschaft sowie der Stiftung „Pro Kind“ umgehend Gespräche aufzunehmen. Besonderer Wert ist auch auf die Gewinnung eines Partners/ einer Partnerin zur Begleitforschung zu legen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. November zu berichten.

Begründung:

Wie die zuständige Senatsverwaltung in ihrem Konzept zum Kinderschutz selbst ausführt, sind gerade Kinder in den ersten Lebensjahren „besonders sensibel und stör anfällig“. Daher brauchen „werdende Mütter und Eltern mit Risikofaktoren“ besondere Unterstützung, damit es nicht nachfolgend zu Störungen im Eltern-Kind-Verhältnis oder gar zu Kindesvernachlässigung und Kindesmisshandlung kommt. Um diesen Kreislauf zu durchbrechen, bemühte sich der Senat ein Frühwarnsystem aufzubauen sowie frühe Hilfen zu implementieren, nach deren Stand und Wirkung nachzufragen es jetzt an der Zeit ist.

Da Menschen mit Migrationshintergrund spezifische Probleme hinsichtlich der Zugänglichkeit und Akzeptanz von öffentlichen Angeboten haben, müssen diese in der geforderten Stellungnahme besondere Berücksichtigung finden, um entsprechende Schlussfolgerungen für die Wirksamkeit des Hilfesystems ziehen zu können.

Gleichzeitig ist der Senat gefordert, nicht auf Erreichtem stehen zu bleiben, sondern die frühen Hilfen zu qualifizieren und weiter zu entwickeln. Dazu gehört auch Begleitforschung, die zum Beispiel im Projekt „Pro Kind“ vorbildlich geleistet wird. Da dieses Projekt bereits in anderen Bundesländern mit Erfolg realisiert wird, sollte der Senat sich stark machen, ein solches in das Berliner System der frühen Hilfen zu integrieren. Insbesondere die enge und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen werdenden Müttern /Eltern und Hebammen zum Wohle der Kinder geben berechtigten Anlass, dass dadurch ein weiteres Angebot geschaffen wird, das positive Langzeitwirkungen für die mütterliche und kindliche Gesundheit der Betroffenen haben werden. Gleichmaßen positiv sind insbesondere die Auswirkungen auf die Verbesserung der Sprachentwicklung der Kinder und die Reduzierung von Misshandlung und Vernachlässigung um 48%. Der Senat sollte deshalb unverzüglich ein Projekt „Pro Kind“ für Berlin initiieren.

Berlin, den 01. Juli 2008

Dr. Pflüger Hoffmann Czaja Demirbüken- Wegner
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU